Nummer 207 — 22. Jahrgang
6 mal wöchentl. Bezugspreis: 4. Okt.-Woche 800 000 000 M. Anzeigen: Schlüsselzahl der Deutschen Zeitungen: 2000000. Grundpreise: Die eingesp. Petitzeile 60 M., f. Familien- u. Vereinsanzeigen, Gesuche 30 M. Die Petit-Reklamezeile, 89mm breit, 250 M. Offertengebühr für Selbstabholer 30 M. bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Preis für die Einzelnummer 150 000 000 Mark
Geschäftlicher Teil: Josef Hofmann, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Mittwoch, 24. Oktober 1923
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und Leistung von Schadenersatz. Für undeutlich und durch Fernsprecher übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte und mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags.
Hauptschriftleiter: Dr. Josef Albert, Dresden

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden-Altstadt 16, Holbeinstraße 46
Fernruf 32722 / Postscheckkonto Dresden 14797

Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben

Druck und Verlag: Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H. Dresden-Altstadt 16, Holbeinstraße 46

Vom modernen Sozialismus

Wenn man heute die Sozialdemokratie an der Arbeit sieht, so merkt man, daß sie auf dem ihr nach der geschichtlichen und theoretischen Seite hin ureigensten Gebiete, nämlich dem sozialwirtschaftlichen, die Flöcke ihres Zukunftsglaubens immer mehr zurückstecken mußte. Man findet in den sozialdemokratischen Zeitschriften heute verhältnismäßig wenig Ausführungen über die Förderung ihres grundsätzlichen Programms. Dagegen beschäftigt man sich fast ausschließlich mit den Einzelforderungen der Tagespolitik, sei es große oder kleine Koalition, sei es Verbindung mit den Kommunisten, sei es französische Orientierung, sei es Achtstundentag. Von Sozialisierung, von Vergesellschaftung der Produktionsmittel, ist verhältnismäßig wenig mehr die Rede. Unter dem parteipolitischen Einfluß des Kampfes gegen rechts ist man pazifistisch geworden, eine Einstellung, die mit dem ursprünglichen Marxismus nun auch gar nichts zu tun hat. Es ist wohl mehr eine Zeiterscheinung, hervorgerufen durch die Verelendung unserer Tage, daß der Klassenkampfgedanke in den proletarischen Massen noch so breiten Boden findet. Im übrigen aber zeigt der sozialistische Kampf gegen den Kapitalismus eine Niederlage nach der anderen. Trotzdem hat die Sozialdemokratie noch sehr stark den Glauben an sich, an ihre Existenzberechtigung und an ihre Zukunft. Aber dieser Glaube hinwiederum ist kein einheitlich gefärbter. Es gibt unter den geistigen Führern der Sozialdemokratie die verschiedensten Auffassungen und Strömungen. Sie hängen jeweils davon ab, wie der einzelne Sozialist die Dinge des Tages betrachtet und sich in den Lauf der Geschehnisse einfügt.

Die Entwicklung, welche der Bolschewismus in Rußland genommen hat, hat auch viele strenggläubige Sozialisten stark ernüchtert und sie suchen nach neuer theoretischer Orientierung, nach neuer Fundierung ihres überkommenen Glaubens an das alte sozialistische Heer. Aber eben weil der Glaube der Sozialdemokratie an den Sozialismus noch sehr stark ist und weil das Elend der heutigen Zeit ihr immer wieder neue Anhänger und Gefolgschaften zutreiben wird, — mögen diese nun Bolschewisten werden oder Unabhängige oder Mehrheitssozialisten oder Nationalsozialisten — deshalb bleibt es notwendig, sich mit dem sozialistischen Problem noch dauernd auseinander zu setzen. Diese Bewegung, der ja auch immer noch ein starker Teil der deutschen Jugend zuströmt, in ihrem Wesenskern, in ihrer Geschichte und in ihrer vielgestaltigen Erscheinung zu studieren ist für die eigene politische Betätigung, für die eigene Weltanschauung auch daraus den richtigen Nutzen zu ziehen. Eine gute Geschichte des Sozialismus ist das Buch des ungarischen Professors der Nationalökonomie, Dr. Bela Földis in Budapest: „Die Hauptströmungen der sozialistischen Gedankenwelt" (Otto Elsner, Verlagsgesellschaft, Berlin, 1923). Der Verfasser steht dem Sozialismus auch sehr nahe. Er sympathisiert mit dem sozialistischen Gedanken außerordentlich stark; aber er ist auch nicht ohne Kritik gegenüber den sozialistischen Strömungen, und seine Geschichte läuft letzten Endes darauf hinaus, eine Vermittlung zwischen Kapitalismus und Sozialismus herbeizuführen. Er findet, daß der Sozialismus, weil er eine rein sozial-wirtschaftliche Bewegung und nur eine solche ist, der Kompliziertheit des Lebens nicht Herr werden kann. Er ist auch genug Wirklichkeitsmensch, um einzusehen, daß der Kapitalismus ein mächtiger Faktor des Wirtschaftslebens bleibt, der selber aus den fürchterlichen Ereignissen der letzten Jahrzehnte schwerwiegende Lehren geschöpft habe. So ergibt sich denn für ihn die Notwendigkeit einer Synthese von Kapitalismus und Sozialismus. Der Sozialismus müsse und werde hoffentlich in Zukunft der rationellen Sozialpolitik die Hände reichen. Auch schließe die Weiterentwicklung der Gesellschaft ja wichtige demagogische Postulate in sich. Die Menschheit müsse eine soziale Erziehung erhalten, eine Erziehung, die auf die Harmonie des Individuums und der Gesellschaft als Zielpunkt hinarbeitet. Doch auch den höheren Idealen soll der Weg durchaus nicht versperrt werden. Die menschliche Organisationsarbeit bleibt stets eine unvollkommene, und so müßten immer neue Ideale aufgestellt werden, und auch diese würden für die Träumer nie alles umfassen können.

Der Verfasser scheint geschichts-philosophischer Relativist zu sein, insofern, als er für die jeweiligen Phasen der geschichtlichen Entwicklung besondere Wahrheitsgehalte und Wahrheitskomplexe in Anspruch nimmt. „Die Wahrheit", sagt er an einer Stelle, „liegt nicht im System, sondern in dessen Verhältnis zu seiner Zeit." Wenn man von einzelnen schiefen Urteilen über das Verhältnis der katholischen Lehranschauungen zur sozialen Frage absieht, so ist das Buch des Budapester Professors sehr instruktiv. Es geht geschichtlich vor, indem es die einzelnen Strömungen nach ihren Hauptvertretern zusammenfaßt. All die sozialistischen Nationalökonomen der Geschichte bis hinauf ins graue Altertum werden besonders vorgenommen und in ihren Lehren aufgezeigt. Hin und wieder hätte man eine schärfere Abgrenzung der einzelnen Lehrmeinungen gegen einander gewünscht.

Den Sozialismus mehr als geschlossenes System behandelt das bekannte Buch des Jesuitenpaters Viktor Cathrein im Verlag Herder in Freiburg, Br., das jetzt in der 14. bis 16. Auflage neu herausgekommen ist. Gegenüber den früheren Auflagen hat die neue Ausgabe einige Kürzungen erfahren. Das Buch ist hinreichend bekannt und bedarf keiner weiteren Empfehlung mehr; auch die Ansichten des Verfassers kennt man zur Genüge. In dem neuesten Vorwort spricht er als sein Bekenntnis aus, daß augenblicklich der Kampf gegen den Sozialismus viel notwendiger sei als der Kampf gegen den Kapitalismus. Wenn einmal in Deutschland die Landwirtschaft, die Industrie, der Handel und das Verkehrswesen wieder in geordnete Bahnen eingelenkt haben und gedeihen, mag man den Kampf gegen die Auswüchse des Kapitalismus in Angriff nehmen; aber bei dem gegenwärtigen Darniederliegen aller wirtschaftlichen Verhältnisse wird man durch sozialistische Experimente nichts erreichen, als daß man die ehrlichen Unternehmungen am Emporkommen hindert, dagegen unlautere Machenschaften: Schleichhandel, Wucher und dergleichen begünstigt. In dieser autodiktatorischen Form wird ein solches Bekenntnis wohl nicht restlos Anhänger finden.

Im Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin, hat Hermann Wendel eine Lebensskizze über August Bebel (in Erinnerung an seinen Tod vor zehn Jahren) herausgegeben, das sehr flott geschrieben ist und nicht ohne Leidenschaft und hauptsächlich der sozialistischen Agitation dient. Das Lebensbild dieses alten Führers der sozialistischen Partei ist aber recht plastisch gesehen und scharf umrissen.

Großes Interesse weckt natürlich immer noch der Sozialismus in seiner bolschewistischen Form, wie man ihn in Rußland zu verwirklichen gesucht hat. Heute ist Rußland in seiner wirtschaftlichen Organisation und Neuorganisation für den Politiker und Wirtschaftler ja kein Geheimnis mehr. Die Tage, wo Berichte über russische Zustände uns wie Reiseberichte aus fernen Gegenden anmuteten, sind heute vorüber. Trotzdem weckt die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands unter dem sowjetistischen System immer noch unser höchstes Interesse, zumal diese Entwicklung noch nicht zu einem Ruhepunkt gekommen ist. Besonders rege wird dies Interesse, wenn man die Zustände geschildert liest in einem so lebendig und frisch anschaulich geschriebenem Buche, wie das von Fritz Schottböfer (Frankfurter Sozietätsdruckerei, G. m. b. H.): „Sowjetrußland im Umbau, Eindrücke und Studien von einer russischen Reise". Das Buch erscheint in zweiter Auflage. Seit der ersten Auflage haben sich in Rußland noch weitere Aenderungen vollzogen, die aber in der Neuauflage im großen und ganzen berücksichtigt sind.

Die sozialistische Bewegung als solche dürfte wohl noch lange nicht sich ausgelaufen haben. Sie ist ja — wenn man das Wort „Sozialismus" in weitem Sinne nimmt — so alt fast wie die Geschichte der strebenden Menschheit überhaupt. Die Form des Sozialismus hat viele Wandlungen erfahren, aber die Bewegung hat auch viele typische Vertreter und Führergestalten gezeitigt. Wenn auch heute eine gewisse Müdigkeitsphase in dieser sozialistischen Bewegung eingetreten zu sein scheint, so bleibt, wie gesagt, diese Bewegung doch immer interessant und mitbestimmend für den gesamten Entwicklungsgang der Menschheitsgeschichte überhaupt, so daß wohl verlangt werden kann, eine objektive Stellung zu ihr zu gewinnen.

Die Ausdehnung des Separatistenputsches

Der Schutz der Besatzungstruppen — Die ergebnislosen Verhandlungen mit der französisch-belgischen Regie — Betriebseinstellungen großer industrieller Werke — Blutige Zusammenstöße in Hamburg — Ausschluß des Reichspräsidenten aus der S. P. D.

Auch in Wiesbaden die rheinische Republik ausgerufen

Frankfurt, 23. Oktober. Die Sonderbündler haben gestern abend auch in Wiesbaden die rheinische Republik ausgerufen. Auf den Rathause weht die grün-weiß-rote Fahne. Das Rathaus und die Regierungsgebäude sind von den republikanischen Truppen besetzt. Der Telephonverkehr mit Wiesbaden dauert noch an.

München-Gladbach, 23. Oktober. In München-Gladbach zogen die Stoßtrupps der Separatisten nach Viersen weiter, wo nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr die Rheinische Republik ausgerufen wurde. Von hier aus ging der Zug nach Krefeld. — Auf dem Rathaus zu Düren wurde ebenfalls die rot-weiß-grüne Fahne gehißt. Bürgermeisterei, Landratsamt, Post und Amtsgerichte wurden besetzt. Der Verkehr wurde gestaltet. In der Stadt selbst ist alles ruhig. — Auch Erkelenz ist von den Sonderbündlern besetzt. — In Büsbach bei Stolberg sind die Polizei und das Bürgermeisteramt durch Sonderbündler in Verwaltung genommen worden.

Frankfurt a. M., 23. Oktober. Aus Koblenz liegen jetzt genaue Nachrichten über den Verlauf des separatistischen Putsches vor. Danach sind die Sonderbündler bereits um 4 Uhr morgens vor das Rathaus gezogen und verlangten vom Bürgermeister die vollständige Uebergabe der Stadtverwaltung. Dieser wies sie ab und erklärte, er werde nur der Gewalt weichen. Darauf zogen die Sonderbündler ab und erschienen um 10 Uhr abermals vor dem Rathaus. Die Kunde davon war unterdessen wie ein Lauffeuer durch die ganze Stadt gedrungen, so daß zur gleichen Zeit auch eine ungeheure Volksmenge versammelt war, als die Sonderbündler erschienen. Es kam sofort zu einer schweren Prügelei, in deren Verlauf die Sonderbündler unter Zurücklassung von 8 Schwerverletzten fluchartig das Feld räumten. Sie haben in Koblenz eine schwere Abfuhr durch die empörte Bevölkerung erlitten.

Ein Gegenstoß in Aachen

Berlin, 23. Oktober. Von zuständiger Seite wird zu den Vorgängen in Aachen mitgeteilt: Die Bevölkerung hat der Besatzungsbehörde mitgeteilt, daß sie den von den Separatisten geschaffenen Zustand nicht anerkennen kann und sie würde mit allen Kräften versuchen, die Sonderbündler aus den von ihnen besetzten Orten wieder zu verdrängen. Das Vorgehen der Polizei dürfte Klarheit über die Stellung der Belgier schaffen. Alle als Führer in Betracht kommenden Männer, wie alle Parteisekretäre, leitende Beamten sind französischerseits bereits ausgewiesen worden, so daß maßgebende Persönlichkeiten für die Bevölkerung fehlen.

Auf die Sonderbündler darf nicht geschossen werden

Bonn, 23. Oktober. Der französische Oberdelegierte hat am Sonntag der Stadtverwaltung Bonn mitgeteilt, daß die Polizei bis 4 Uhr nachmittags sämtliche Schußwaffen abzugeben habe. Auf den Protest der Stadtverwaltung hin erging schließlich die Mitteilung, daß der Befehl zurückgezogen werde. Die Polizei könne ihre Waffen behalten. Gestern nachmittag 4 Uhr erhielt die Stadtverwaltung neuerdings die Mitteilung, daß soeben ein Armeebefehl ergangen sei, daß auf die Sonderbündler nicht geschossen werden dürfe. Die französische Gendarmerie sei zur Beobachtung der Vorgänge in Bonn bereitgestellt, um festzustellen, wer bei etwaigen Zusammenstößen zuerst schießen werde. Französisches Militär liege zu sofortigem Eingreifen bereit. Nach sicherem Vernehmen beabsichtigten die Sonderbündler, ihre Truppen zu sammeln und, mit Karabinern bewaffnet, heute nachmittag sich gewaltsam aller öffentlichen Gebäude Bonns zu bemächtigen. Infolge des französischen Schießverbots ist die deutsche Polizei fast machtlos.

Die Franzosen liefern also die durch jahrelange Bedrückung mürbe gemachte Bevölkerung den landesverräterischen Verbrechern, die zahlenmäßig einen verschwindenden Bruchteil der rheinischen Bevölkerung darstellen, völlig wehrlos aus.

Die gescheiterten Verhandlungen mit der Regie

Die vorbehaltlosen Bedingungen.

Berlin, 23. Oktober.

Zwischen der französisch-belgischen Regie und Vertretern der deutschen Eisenbahnverwaltung haben in den letzten Tagen Verhandlungen zwecks Wiederaufnahme der Arbeit stattgefunden. Im Verlauf dieser Besprechungen sind von der Regie eine Reihe von Bedingungen gestellt: Die deutsche Eisenbahnverwaltung sollte ihre Hand bieten zur Einrichtung eines neuen selbständigen Eisenbahnnetzes, das sich auch noch erstrecken soll auf die im unbesetzten Gebiet liegenden Strecken Emmerich—Wesel und Gerresheim—Worms. Ferner sollten, und das ist besonders bezeichnend für die französische Absicht, der Regie übergeben werden auch die in der britischen Besatzungszone gelegenen Linien. Die deutsche Eisenbahnverwaltung sollte ferner die Verpflichtung übernehmen, auf ihre Kosten die freien Anlagen der Regie wieder instandzusetzen, die Vorräte, insbesondere die Kohlenvorräte, auf die normale Höhe zu bringen, den gesamten Lokomotiv- und Wagenpark des Netzes unter von der Regie einseitig näher festzusetzenden Bedingungen nach Zahl und Güte wiederherzustellen. Die Regie forderte ferner volle Selbständigkeit in den Fragen der Tarifgestaltung. Sie beanspruchte das Recht, die Tarife in Frankenwährung und nach eigenem Ermessen aufzustellen und gemeinsame Tarife mit den deutschen Eisenbahn- und Nachbarverwaltungen zu vereinbaren.

Die Reichsregierung hat es abgelehnt, sich diesen Bedingungen zu unterwerfen, die den Rahmen eines modus vivendi weit überschreiten und deren Annahme den Standpunkt der Regierung bei künftigen Reparationsverhandlungen auf das schwerste beeinträchtigt. Denn an diesen Verhandlungen sind nicht nur die in der Regie vertretenen Mächte, sondern auch England und Italien besonders beteiligt. Die Reichsbahnen stellen im Reparationsproblem einen äußerst wichtigen Faktor dar. Die deutsche Regierung hat sich im Memorandum vom 7. Juni bereit erklärt, die deutschen Reichsbahnen als geschlossenes Ganze in den Dienst der Reparationen zu stellen. Die deutsche Regierung kann die schweren Opfer, zu denen sie sich entschlossen hat, nur unter der Voraussetzung erfüllen, daß ihr die Reichsbahnen als wertvollstes Element der Wirtschaft unverkürzt zur Verfügung stehen. Sie kann sich daher schon unter diesem Gesichtspunkt nicht damit einverstanden erklären, daß ihr einer der kostbarsten Teile der Reichsbahnen entzogen würde. Die Reichsbahn ist aber heute noch durchaus bereit, die eingeleiteten Verhandlungen über die das Personal berührenden Fragen und über Richtlinien zur schrittweisen Ingangsetzung des Eisenbahnverkehrs fortzusetzen und hat hierfür alle erforderlichen Kräfte und Unterlagen zur Verfügung gestellt. Auf ein in diesem Sinne an die Regie gerichtetes Schreiben hat diese geantwortet, daß sie die Besprechungen als abgeschlossen betrachte. Sie hat zugleich hervorgehoben, daß sie unter diesen Verhältnissen nicht in der Lage sei, den normalen Gesamtverkehr im besetzten Gebiet einerseits und mit den Nachbarverwaltungen der Regie einschließlich der deutschen Eisenbahnverwaltung anderseits wieder aufzunehmen. Endlich weist sie noch darauf hin, daß sie infolge der Ablehnung der Unterzeichnung des Mainzer Protokolls gezwungen sei, die Wiederanstellung einer großen Zahl des sich zur Wiederaufnahme der Arbeit meldenden deutschen Eisenbahnpersonals hinauszuschieben. Die Oeffentlichkeit wird sich durch diese Erklärung der Regie in ihrem Urteil nicht beirren lassen. Von seiten der deutschen Eisenbahnverwaltung ist im Interesse ihres Personals, im Interesse des Verkehrs und im Interesse der Bevölkerung der besetzten Gebiete alles geschehen, was unter den obwaltenden Verhältnissen geschehen konnte. Die schweren Folgen, die sich aus der Ablehnung weiterer Verhandlungen durch die Regie ergeben, müssen einzig und allein von der französischen Regierung verantwortet werden.

Auch die Verhandlungen mit Stinnes gescheitert

Gelsenkirchen, 23. Oktober. Die gestrigen Verhandlungen der Herren Stinnes und Klöckner mit der französisch-belgischen Industriekommission sind ergebnislos verlaufen.

Essen, 23. Oktober. Der Mülheimer Industrielle Fritz Thyssen hat an den General Degoutte ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß er die Aufforderung, Verhandlungen mit der französischen Behörde über die Wiederaufnahme des Betriebes einzuleiten, ablehnen müsse. Er sei als Privatmann nicht berechtigt, mit den Vertretern einer fremden Macht über eines der wichtigsten Rechte eines souveränen Staates, nämlich über das Recht der Besteuerung, zu verhandeln und sogar den Betrag der Steuer an einen fremden Staat abzuführen. In solchen Verhandlungen sei ausschließlich die Reichsregierung zuständig. Zum Schluß weist Thyssen auf den furchtbaren Ernst der Lage hin und erklärt, die Industrie des Ruhrgebietes sei derartig erschöpft, daß, wenn nicht in kürzester Zeit sich die Möglichkeit für die Wiederaufnahme der Betriebe ergäbe, die Schließung der Werke unausbleiblich sei. Die Verantwortung für die daraus sich ergebenden Folgen treffe ausschließlich die französische Behörde, die alle Möglichkeit, wirtschaftlich zu arbeiten, verhindere.